



- ENTWURF -

Augsburg, 26. Februar 2009

Markus Ferber (EVP-ED/CSU):

Guantanamo-Häftlinge: Verantwortung liegt bei den USA

EU-Innenminister beraten heute über Aufnahme / Amerikaner müssen sich an Herkunftsländer wenden / Europäer dürfen nicht das Schlamassel ausbaden

Die EU soll keine Häftlinge des US-Gefangenenlagers Guantanamo aufnehmen. Das forderte der Vorsitzende der CSU-Europagruppe, Markus Ferber, am Rande des heutigen Treffens der EU-Innenminister in Brüssel. "Wenn die USA Guantanamo schließen, müssen sie sich zuerst mit den Herkunftsländern der Häftlinge ins Benehmen setzen. Für Guantanamo und seine Folgen sind die Amerikaner zuständig. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum die Europäer das ausbaden sollten", so Ferber.

"Die Schließung des Gefangenenlagers ist ein zwingend notwendiger Schritt der USA zu rechtsstaatlichen Gepflogenheiten auch bei der Bekämpfung des Terrorismus. Damit ist allerdings keinerlei Verpflichtung verbunden, die Häftlinge in der EU aufzunehmen. Potentiell gefährliche Terroristen dürfen unter keinen Umständen nach Deutschland oder in die EU einreisen", sagte der CSU-Europaabgeordnete.

Ferber verwies darauf, dass einige der bereits entlassenen Guantanamo-Häftlinge wieder in die terroristische Szene zurückgekehrt sind. "Die Verantwortung für den Schutz vor terroristischen Anschlägen gebietet es, das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung sehr ernst zu nehmen."

Jeder EU-Mitgliedstaat kann nach geltendem Recht selbst entscheiden, wer in sein Staatsgebiet einreisen darf. Nur für Einwanderung und Asyl gelten gemeinsame europäische Regeln. "Da wir aber in der EU Personenfreizügigkeit haben, trägt jedes EU-Land Verantwortung für alle Personen, denen man diese Freizügigkeit eröffnet. Die Konsequenz daraus ist, dass kein EU-Land Guantanamo-Häftlinge aufnehmen sollte. Unsere gemeinsame Sicherheit ist oberstes Gebot. Und Guantanamo liegt in der Verantwortung der USA", sagte der Spitzenkandidat der CSU für die Europawahlen am 7. Juni.

[Europawahl am 7. Juni. Deine Entscheidung.](#)

Für weitere Informationen:

Markus Ferber MdEP, Tel. +32 2 284 7230